

1. Sitzung

am Mittwoch, dem 1. Juli 2015

Inhalt

Eröffnung der konstituierenden Sitzung	Aktuelle Stunde	14
Abg. Ravens (parteilos)	Fragestunde	14
Eingänge gemäß § 21 Satz 1 der Geschäftsordnung	Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Verfassungs- und Geschäftsausschusses	14
Sonstiger Eingang	Parlamentarische Kontrolle in Deputationen verbessern – Gesetz zur Änderung des Deputationsgesetzes	
Feststellung der Geschäftsordnung	Antrag der Fraktion der CDU vom 8. Juni 2015 (Drucksache 19/1)	
Dazu	1. Lesung	
Änderungsantrag der Gruppe der AfD vom 30. Juni 2015 (Drucksache 19/9)	Verlagerung der Deputationsassistenten von den Ressorts zur Bürgerschaftskanzlei	
Abg. Schäfer (AfD) zur Geschäftsordnung	Antrag der Fraktion der CDU vom 8. Juni 2015 (Drucksache 19/2)	
Abg. Tschöpe (SPD) zur Geschäftsordnung	Abg. Röwekamp (CDU)	14
Abstimmung	Abg. Tschöpe (SPD)	15
Wahl des Vorstands	Abg. Frau Vogt (DIE LINKE)	16
a) Wahl des Präsidenten	Abg. Frau Dr. Schaefer (Bündnis 90/Die Grünen)	16
b) Wahl der Vizepräsidentin	Abg. Dr. Buhlert (FDP)	17
c) Wahl der Schriftführer/Schriftführerinnen	Abstimmung	17
Wahl von fünf Mitgliedern und fünf stellvertretenden Mitgliedern des Wahlprüfungsausschusses		

Abg. Ravens

Schriftführerin Grotheer

Präsident Weber

Vizepräsidentin Dogan

Schriftführerin Ahrens

Schriftführerin Grotheer

Bürgermeister **Böhrnsen** (SPD), Präsident des Senats,
Senator für kirchliche Angelegenheiten
und für Kultur

Bürgermeisterin **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen), Senatorin für Finanzen

Senator für Inneres und Sport **Mäurer** (SPD)

Senator für Umwelt, Bau und Verkehr **Dr. Lohse** (Bündnis 90/Die Grünen)

Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen)

Senatorin für Bildung und Wissenschaft **Professor Dr. Quante-Brandt** (SPD)

Senator für Gesundheit **Dr. Schulte-Sasse**

Staatsrat **Dr. Joachim** (Senatskanzlei)

Staatsrätin **Friderich** (Senator für Umwelt, Bau und Verkehr)

Staatsrat **Heseler** (Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen)

Staatsrat **Kück** (Senator für Gesundheit)

Staatsrat **Lühr** (Senatorin für Finanzen)

Staatsrat **Professor Stauch** (Senator für Justiz und Verfassung und
für Wirtschaft, Arbeit und Häfen)

Staatsrat **Strehl** (Senatorin für Finanzen)

Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit **Dr. Sommer**

Präsidentin des Rechnungshofs **Sokol**

- (A) Abg. Ravens eröffnet als Alterspräsident die Sitzung um 10.00 Uhr.

Abg. Ravens (parteilos): Meine Damen und Herren, die erste Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) der 19. Wahlperiode ist eröffnet.

Meine Damen und Herren, als Alterspräsident begrüße ich Sie recht herzlich und beglückwünsche Sie, dass Sie durch den Wählerauftrag ein Mandat in diesem Hause erhalten haben. Vor vier Jahren konnten wir 32 neue Kolleginnen und Kollegen in unserem Parlament begrüßen, dieses Mal sind es nur insgesamt 30 neue Kolleginnen und Kollegen, die als Abgeordnete berufen worden sind; darunter sind zwei, die nur in der Stadtbürgerschaft vertreten sind, es sind die Abgeordneten Detlef Scharf und Kabire Yildiz. Es liegt an den Unionsbürgerstimmen, die zu dieser Abweichung bei der Zusammensetzung der Stadtbürgerschaft führen. Es gibt auch drei – ich weiß nicht, ob man das sagen darf – Wiederholungstäter, nämlich die Abgeordneten Dr. Magnus Buhlert, Jens Crueger und Jens Eckhoff, die zurückgekehrt sind. – Herzlich willkommen!

(Beifall)

- (B) Meine Damen und Herren, mein Gruß gilt ebenfalls den Damen und Herren der Medien, denen die Aufgabe zukommt, uns in den nächsten Jahren zu begleiten und der Bevölkerung das in diesem Hohen Hause Diskutierte und Beschlossene zu vermitteln. Wir alle hoffen auf eine faire und gute Zusammenarbeit mit Ihnen.

Meine Damen und Herren, auf der Besuchertribüne begrüße ich recht herzlich eine Politikklasse, BP 1401, der Allgemeinen Berufsschule Steffensweg, Mitglieder des Deutschen Gewerkschaftsbundes Bremen und die Familie Tassis und Freunde. – Herzlich willkommen im Hause!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, Sie als Abgeordnete haben von den Wählerinnen und Wählern ein Mandat erhalten, das Volk, die Bürgerinnen und Bürger, für vier Jahre hier im Hause zu vertreten und seine Interessen wahrzunehmen. Worum geht es?

Es geht um das Wohl der Menschen und um Rahmenbedingungen, die das Gelingen des Lebens erleichtern. Das ist eine anspruchsvolle, vertrauens- und verantwortungsvolle Aufgabe. Dafür wünsche ich Ihnen einen klaren Verstand, eine glückliche Hand und viel Erfolg!

(Beifall)

Erlauben Sie mir, der als Parlamentarier immerhin seit 40 Jahren tätig ist, einige Aspekte der vor uns

liegenden Arbeit zu beleuchten! Das zentrale Anliegen wird und muss sein, die Zukunft unseres Bundeslandes, also unserer beiden Städte Bremen und Bremerhaven zu sichern. Die Bürgerinnen und Bürger verlangen von uns nicht, dem jeweiligen Zeitgeist hinterherzulaufen, sondern erwarten Lösungen, die über den Tag hinaus Bestand haben werden. In unserer Gestaltungs- und Überzeugungskraft liegt meiner Meinung nach auch der Schlüssel, der die Tür für eine höhere Wahlbeteiligung wieder öffnet.

Natürlich gehört zur Demokratie der kultivierte Streit um den besten Weg für unseren Zwei-Städte-Staat. Dabei liegt in der Fähigkeit zum Kompromiss für mich ein wichtiger Bestandteil unserer politischen Kultur, und zwar nicht als Selbstzweck, sondern auf die Bewältigung der Probleme ausgerichtet: etwa in der Bildung oder in der Bekämpfung der Armut, besonders auch der Altersarmut.

Meine Damen und Herren, als Kind hatte ich große Angst vor Tollwut, aber je älter ich als Politiker werde, desto größer wird meine Angst vor einer anderen Seuche, nämlich der typisch deutschen Regelungs-wut. Man kann, wenn man will, fast alles regulieren. Parlament und Verwaltung können sich unzählige Gesetze, Gesetzesänderungen und Verordnungen ausdenken und sie beschließen. Sie sind damit ja auch gut beschäftigt.

Es kann auch kein Zweifel darüber bestehen, dass es Regelungen geben muss, aber es darf doch die Frage erlaubt sein, wer es regeln soll und wer die Regelungshoheit hat. Gemeinhin gilt, dass ein Problem sinnvoller und auch eher im Sinne des Allgemeinwohls gelöst werden kann, wenn der Staat sich einmischte und das Zepter in der Hand behält, Privatleuten, also den Bürgerinnen und Bürgern, traut man ein regulierendes Handeln im Sinne des Gemeinwerts eher nicht zu. Vielleicht müssen wir umdenken und die Begriffe mündige Bürgerinnen und mündige Bürger neu definieren.

In der Demokratie spielen Mehrheiten und Minderheiten eine große Rolle. Minderheiten müssen geschützt werden, aber die Politik sollte schon darauf achten, dass sich auf Dauer die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in den staatlichen Entscheidungen auch wiederfindet. In Deutschland gibt es, so meine ich, keine Krise des politischen Systems, aber es gibt einen Mangel an politischer Glaubwürdigkeit. Das ist nach meiner Überzeugung eine Folge von oftmals demoskopisch geprägter Beliebigkeit bei gleichzeitig fehlender Grundüberzeugung, Helmut Schmidt nannte dies einmal einen „Siegesszug der Oberflächlichkeit“.

Ich warne auch davor, den Eindruck zu erwecken, die Politikerinnen und Politiker hätten einen unerschöpflichen Vorrat an richtigen Antworten und Wahrheiten. Wer ständig so tut, als besäße er eine allumfassende Lösungskompetenz für alle, auch für sehr komplexe Fälle, betreibt Selbstüberhöhung, und das

(C)

(D)

(A) kann auf Dauer selbst mit dem besten Politikertainment nicht überdeckt werden. Diese Strategien entlarven sich selbst.

Wir alle, die Bürgerinnen und Bürger in Bremen und Bremerhaven, gehören – jedenfalls im größeren Maßstab betrachtet – zu den Privilegierten dieser Erde. Wir setzen uns dafür ein, dass es überall besser, friedlicher und demokratischer wird. Wir wollen helfen, und wir helfen tatsächlich. Während wir regelmäßig mit guten Absichten für eine gerechtere Welt beschäftigt sind, drohen uns manchmal die Dinge in unmittelbarer Nachbarschaft und in unserem Einflussbereich ein wenig aus dem Blickwinkel zu geraten. So wird das Verhalten von Staatsorganen im weitesten Sinne für immer mehr Menschen unverständlicher, wird das Klagen über die Zustände öffentlicher Finanzen immer lauter und die Kritik am Zustand von Straßen, Krankenhäusern, Schulen und anderen Gebäuden immer vernehmlicher. Gott und die Welt helfen uns nur bedingt: Wir in Bremerhaven und Bremen sind in einer Situation, in der wir mehr denn je die eigenen Aufgaben bewältigen müssen und weniger denn je auf andere verweisen sollten.

Wahlen wie die am 10. Mai bringen immer auch Veränderungen mit sich. Veränderungen wecken Hoffnungen, aber auch Unsicherheiten. So dürfte der öffentliche Spardruck weiter zunehmen. Gleichzeitig ist unser Gemeinwesen auf wirtschaftliches Wachstum und Wohlergehen angewiesen, weil sie zwingende Voraussetzungen für die Daseinsvorsorge und die Sozialstaatlichkeit sind.

(B) Bei alledem bleibt die mittlerweile für mich bange Frage, was unsere Gesellschaft, was die Menschen in unseren beiden Städten Bremen und Bremerhaven zusammenhält. Wenn wir Patentrezepte hätten, dann bräuchten wir darüber nicht mehr zu reden, aber wir haben sie nicht. Ich glaube, dass uns in dieser Hinsicht eine Politik der kleinen Schritte weiter bringt als eine Politik der großen Würfe. Vor allem möchte ich für eine offensive Wertediskussion und für ethische Maßstäbe plädieren, für mich sind Tugenden sind nicht altmodisch, meine Damen und Herren. Mehr denn je brauchen wir Mitmenschlichkeit, den Respekt vor Fremden und Vielfalt, vor Ärmern, vor Älteren und vor Minderheiten.

(Beifall)

Man muss Helmut Schmidt sicherlich nicht immer recht geben, aber folgenden Satz von ihm finde ich sehr bedenkenswert: „Eine Politik ohne Grundwerte ist zwangsläufig gewissenlos, sie ist eine Politik der moralischen Beliebigkeit und tendiert zum Verbrechen.“

Meine Damen und Herren, wir sollten uns auf das besinnen, was die Bürgerinnen und Bürger von ihrem Parlament, ihrer Regierung und ihrer Verwaltung erwarten, nämlich auf eine Politik, die sich weniger

auf Parteiprogramme und ideologische Glaubenssätze, sondern auf nachvollziehbares, transparentes Tun und breite Beteiligungsangebote beruft.

(C)

Gestatten Sie mir, mit einem Zitat von Willy Brandt aus dem Jahr 1992 zu schließen: „Nichts kommt von selbst, und wenig ist von Dauer. Besinnt euch auf eure Kraft und darauf, dass jede Zeit eigene Antworten will und man auf ihrer Höhe zu sein hat, wenn Gutes bewirkt werden soll!“ – Ich danke für Ihr geduldiges Zuhören; und jetzt sollten wir uns an die Arbeit machen!

(Anhaltender Beifall)

Ich schlage Ihnen vor, die Geschäftsordnung der 18. Wahlperiode zunächst zur gemeinsamen Verfahrensgrundlage bis zur Feststellung der Geschäftsordnung zu erklären.

Ich höre keinen Widerspruch. Dann werden wir so verfahren.

Um die Abwicklung der Sitzung bis einschließlich der Wahl des Vorstands ordnungsgemäß durchführen zu können, sind folgende fünf vorläufige Schriftführer benannt worden: von der SPD-Fraktion die Abgeordnete Antje Grotheer, von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Abgeordnete Susanne Wendland, von der CDU-Fraktion der Abgeordnete Dr. Oguhzan Yazici, von der Fraktion DIE LINKE der Abgeordnete Klaus-Rainer Rupp und von der FDP-Fraktion der Abgeordnete Rainer Buchholz.

(D)

Ich gehe davon aus, dass das Haus mit diesem Verfahren sowie der Benennung einverstanden ist.

Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

Ich bitte die Abgeordnete Frau Grotheer, jetzt zu meiner Linken Platz zu nehmen.

Zur Abwicklung der Tagesordnung wurden interfraktionelle Absprachen getroffen, die Sie dem Umdruck der Tagesordnung mit Stand von heute, 9.00 Uhr, entnehmen können.

Diesem Umdruck können Sie auch die Eingänge gemäß Paragraph 21 der Geschäftsordnung entnehmen, bei denen interfraktionell vereinbart wurde, diese nachträglich auf die Tagesordnung zu setzen. Es handelt sich insoweit um die Tagesordnungspunkte 15, Ungesetzliche Sonntagsarbeit bei der Deutschen Post AG unterbinden, Dringlichkeitsantrag der Fraktion DIE LINKE, Drucksache 19/6, und 16, Ja zu Demokratie – Referendum in Griechenland abwarten, keine Fakten schaffen!, Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE, Drucksache 19/10.

Dieser Antrag wurde ausgesetzt.

Die übrigen Eingänge bitte ich dem heute verteilten Umdruck zu entnehmen.

- (A) **I. Eingänge gemäß § 21 Satz 1 der Geschäftsordnung**
1. Anpassung der Entschädigungsleistungen
Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft
vom 29. Juni 2015
(Drucksache 19/7)
 2. Opfer von Stalking wirkungsvoll schützen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 30. Juni 2015
(Drucksache 19/8)
- Diese Angelegenheiten kommen auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung.
- II. Sonstiger Eingang**
- Mitteilung des Senats über die vom Senat beschlossene Mitantragsstellung zur Bundesratsinitiative „Entschließung des Bundesrates ‚Ehe für alle – Entschließung für eine vollständige Gleichbehandlung von gleichgeschlechtlichen Paaren‘“, Antrag der Länder Niedersachsen, Baden-Württemberg, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und Thüringen
Mitteilung des Senats vom 9. Juni 2015
(Drucksache 19/3)
- Wird das Wort hierzu gewünscht? – Das ist nicht der Fall.
- Wer mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!
- (B) Ich bitte um die Gegenprobe!
Stimmenthaltungen?
Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) ist mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden.

(Einstimmig)
- Ich möchte Ihnen noch davon Kenntnis geben, dass die Fraktion der SPD den Abgeordneten Björn Tschöpe zum Vorsitzenden und die Abgeordneten Sybille Böschen und Antje Grotheer zu stellvertretenden Vorsitzenden gewählt hat.
- Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat zu ihrer Vorsitzenden die Abgeordnete Dr. Maike Schaefer und zu ihrem stellvertretenden Vorsitzenden die Abgeordneten Björn Fecker und Dr. Kirsten Kappert-Gonther gewählt.
- Bei der Fraktion der CDU wurde der Abgeordnete Thomas Röwekamp zum Fraktionsvorsitzenden und die Abgeordneten Paul Bödeker und Dr. Thomas vom Bruch zu stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden gewählt.
- Die Fraktion DIE LINKE hat zu ihrer Vorsitzenden die Abgeordnete Kristina Vogt und zu ihren stellvertretenden Vorsitzenden die Abgeordneten Klaus-Rainer Rupp und Cindi Tuncel gewählt.
- Bei der Fraktion der FDP wurde die Abgeordnete Lencke Steiner zur Fraktionsvorsitzenden und die Abgeordneten Dr. Magnus Buhler und Professor Dr. Hauke Hilz zu stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden gewählt.
- Die Gruppe der AfD hat zu ihrem Gruppenvorsitzenden den Abgeordneten Christian Schäfer und den Abgeordneten Piet Leidreiter zum stellvertretenden Gruppenvorsitzenden gewählt.
- Herzlichen Glückwunsch zu Ihrer Wahl!
- (Beifall)
- Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich unserem Präsidenten und Abgeordneten Herrn Weber zu seinem heutigen Geburtstag die herzlichsten Wünsche des Hauses aussprechen.
- (Beifall)
- Wir treten in die Tagesordnung ein.
- Feststellung der Geschäftsordnung**
- Dazu**
- Änderungsantrag der Gruppe der AfD vom 30. Juni 2015 (Drucksache 19/9)**
- Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.
- Wir kommen zur Abstimmung.
- Wer der Übernahme der Geschäftsordnung der 18. Wahlperiode seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!
- (Dafür SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, Abg. Timke [BIW])
- Ich bitte um die Gegenprobe!
- (Dagegen AfD)
- Stimmenthaltungen?
- Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) übernimmt die Geschäftsordnung der 18. Wahlperiode.
- Jetzt lasse ich über den Änderungsantrag der Gruppe der AfD abstimmen.
- Hier ist Überweisung an den zuständigen, noch zu wählenden Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuss beantragt worden.
- (Abg. Tschöpe [SPD]: Wenn die Überweisung beantragt ist, würde ich hier gern darüber in die Debatte eintreten. Zum einen möchte ich, dass der Antragsteller den Antrag begründet, dann würden wir hier gern etwas dazu sagen.)
- (C)
- (D)

(A) Möchte die AfD dazu Stellung nehmen?

(Abg. Tschöpe [SPD]: Will die AfD das nicht, würde ich zumindest für das Haus gern etwas dazu sagen!)

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Abgeordnete Herr Schäfer.

Abg. Schäfer (AfD): Es geht schlicht und ergreifend um Folgendes: Nach Artikel 38 Grundgesetz – –.

(Abg. Röwekamp [CDU]: Herr Präsident, meine Damen und Herren!)

Entschuldigung, ich spreche hier zum ersten Mal! Herr Präsident, meine Damen und Herren! In unserem Antrag geht es im Prinzip um Folgendes: Nach Artikel 38 Grundgesetz sind Abgeordnete prinzipiell alle gleich zu behandeln, es gibt keine Abgeordneten erster und zweiter Klasse. In der Regel schließen sich die Abgeordneten in den einzelnen gewählten Parteien zu Fraktionen zusammen. Nun ist es im Bundestag und in allen anderen Landtagen so, dass die Hürde, um eine Fraktion sein zu können, im Wesentlichen darin liegt, ob eine Partei landesweit diese 5-Prozent-Hürde erreicht hat und sie dann auch noch gemeinsam im Landtag oder im Bundestag vorhanden ist.

(B) Das war früher auch in Bremen so. Bremen hatte 100 Abgeordnete in der Bremischen Bürgerschaft, ihre Anzahl ist von 100 auf 83 reduziert worden. Damals wurde das Wahlgesetz geändert, aber nicht das Abgeordnetengesetz und die Geschäftsordnung, und dadurch ist jetzt eine Reihe von Ungleichbehandlungen entstanden. Das betrifft beispielsweise die finanziellen Zuwendungen für die Gruppen, die pro Kopf immer ein Hundertstel der Gesamtmittel betragen und nicht ein Dreiundachtzigstel, wie es nach der aktuellen Zahl der Abgeordneten der Fall sein müsste, wenn es denn eine wirkliche Gleichbehandlung wäre.

Durch die Mindestzahl von fünf Abgeordneten für eine Fraktion kann es sein, wie jetzt in diesem Fall bei der AfD, dass wir landesweit 5,5 Prozent erreicht, aber trotzdem keinen Fraktionsstatus erlangt haben, weil dafür in diesem Fall fünf Abgeordnete notwendig wären.

Das ist meines Wissens in Bremen einmalig, in anderen Landesparlamenten gibt es für solche Fälle Sonderregelungen. In Brandenburg ist es beispielsweise so geregelt, dass auch vier Abgeordnete eine Fraktion bilden können, wenn die Partei landesweit über fünf Prozent erreicht hat.

Wir beantragen, eine solche Regelung auch in die Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft aufzunehmen, weil wir ansonsten die Gleichbehandlung nach Artikel 38 Grundgesetz als nicht gegeben sehen. – Vielen Dank!

(Beifall AfD)

Abg. Ravens (parteilos): Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Tschöpe. (C)

Abg. Tschöpe (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Darstellung des Sachverhalts war eben ja im Wesentlichen falsch. Sie haben sich bezogen auf die Regelungen im Deutschen Bundestag, die ich Ihnen gern einmal vortragen möchte.

In Paragraph 10 der Geschäftsordnung des Bundestags heißt es: „Die Fraktionen sind Vereinigungen von mindestens fünf vom Hundert der Mitglieder des Bundestags, die derselben Partei oder solchen Parteien angehören, die aufgrund gleichgerichteter politischer Ziele in keinem Land miteinander im Wettbewerb stehen.“ Dies ist die Regelung im Bundestag, und da geht es nicht darum, ob man fünf Prozent bekommen hat – die muss man nämlich bekommen haben, um überhaupt in den Bundestag zu kommen –, sondern ob man fünf Prozent der Abgeordneten auf sich vereinigen kann.

In Hamburg, in Berlin und Nordrhein-Westfalen gilt die gleiche Regelung. Brandenburg ist das einzige Bundesland, das davon abweicht. Fünf Prozent der gesetzlichen Mitglieder der Bremischen Bürgerschaft wären 4,15 Abgeordnete. Da es bekanntermaßen keine 15 Hundertstel Abgeordnete gibt, ist die Festlegung von 5 Abgeordneten, die in der Geschäftsordnung Bremischen Bürgerschaft stehen, genau die gleiche, die der Bundestag und die Hamburg und Berlin haben. (D)

Die AfD könnte mit ihrer Zahl von Abgeordneten in keinem dieser Parlamente eine Fraktion bilden.

Insoweit gilt: Knapp daneben, das ist eben auch vorbei! Einen Anlass, diese in fast allen Bundesländern geltenden Regelungen für Bremen zu ändern, und zwar zugunsten der AfD, sieht keine der hier im Hause vertretenden Fraktionen. Wir werden Ihren Antrag deshalb ablehnen.

(Beifall SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP)

Abg. Ravens (parteilos): Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Jetzt muss ich einmal fragen: Wollen Sie den Antrag auf Überweisung aufrechterhalten, oder sollen wir in der Sache abstimmen?

(Abg. Schäfer [AfD]: Überweisung!)

Dann lasse ich jetzt über die Überweisung des Antrags abstimmen.

Wer der Überweisung des Änderungsantrags der Gruppe der AfD mit der Drucksachen-Nummer 19/9 zur Beratung und Berichterstattung an den Verfassungskommission und Geschäftsausschuss seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(A) (Dafür AfD, Abg. Timke [BIW])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag auf Überweisung ab.

Somit lasse ich jetzt über den Änderungsantrag in der Sache abstimmen.

Wer der Überweisung des Änderungsantrags der Gruppe der AfD mit der Drucksachen-Nummer 19/9 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür AfD, Abg. Timke [BIW])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag ab.

(B)

Wahl des Vorstands

a) Wahl des Präsidenten

b) Wahl der Vizepräsidenten/Vizepräsidentinnen

c) Wahl der Schriftführer/Schriftführerinnen

Gemäß Artikel 86 unserer Landesverfassung wählt die Bürgerschaft für ihre Wahlperiode ihren Präsidenten, die Vizepräsidenten und die Schriftführer. Sie bilden den Vorstand. Interfraktionell ist vereinbart worden, dass der Vorstand aus neun Personen besteht, also neben dem Präsidenten zwei Vizepräsidentinnen/Vizepräsidenten und sechs Schriftführerinnen/Schriftführer gewählt werden.

Wird hierzu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Wer damit einverstanden ist, dass der Vorstand der Bremischen Bürgerschaft aus neun Personen besteht, also neben dem Präsidenten zwei Vizepräsidentinnen/Vizepräsidenten und sechs Schriftführerinnen/Schriftführer, den bitte ich um das Handzeichen!

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Gemäß Paragraph 9 der Geschäftsordnung ist der neue Vorstand der Bürgerschaft in der ersten Sitzung in der durch Artikel 86 der Landesverfassung bestimm-

ten Reihenfolge mit absoluter Stimmenmehrheit zu wählen. Bei der Zusammensetzung des Vorstands sind in der Regel die Fraktionen der Bürgerschaft nach ihrer Stärke zu berücksichtigen.

(C)

a) Wahl des Präsidenten

Für die Wahl des Präsidenten hat die Fraktion der SPD den Abgeordneten Christian Weber vorgeschlagen.

Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Meine Damen und Herren, es ist vereinbart worden, diese Wahl gemäß Paragraph 58 Absatz 4 unserer Geschäftsordnung als geheime Wahl in Wahlkabinen durchzuführen. Ich gebe Ihnen jetzt ein paar Regularien für den Ablauf der Wahl bekannt.

Die Ausgabe der Stimmzettel und Wahlumschläge erfolgt nach Namensaufruf an dem Tisch neben den Wahlkabinen. Bitte gehen Sie dann mit Ihrem Stimmzettel in eine der beiden Wahlkabinen und vermerken dort Ihre Wahlentscheidung auf dem Stimmzettel. Sie haben die Möglichkeit, mit Ja, Nein oder Stimmenthaltung zu entscheiden. Enthält der Stimmzettel mehr Kennzeichnungen als zu Wählende, dann ist er ungültig.

Falten Sie den Stimmzettel in der Wahlkabine, und stecken Sie ihn dort in den mitgegebenen Wahlumschlag. Begeben Sie sich dann zu dem Tisch, auf dem die Wahlurne aufgestellt ist, und werfen Sie den Stimmzettel in die Wahlurne.

Ich weise noch darauf hin, dass der Schriftführer/die Schriftführerin Stimmzettel zurückzuweisen haben, die erstens außerhalb der Wahlkabine gekennzeichnet oder in den Wahlumschlag gelegt wurden, zweitens nicht in den Wahlumschlag gelegt wurden und drittens sich in einem Wahlumschlag befinden, der offensichtlich in einer das Wahlgeheimnis gefährdenden Weise von den übrigen abweicht oder einen deutlich fühlbaren Gegenstand enthält.

Stimmzettel, die Zusätze oder Kennzeichnungen enthalten, sind ungültig, wenn sie den Willen der Wählerin oder des Wählers nicht zweifelsfrei erkennen lassen oder die Person des Wählenden erkennbar wird. Ein Stimmzettel ist auch ungültig, wenn er mehr Kennzeichnungen als zu Wählende enthält.

Sollte sich ein Abgeordneter beim Ausfüllen des Stimmzettels verschreiben, kann er beim Schriftführer/ bei der Schriftführerin gegen Rückgabe des alten Stimmzettels einen neuen Stimmzettel erhalten.

Meine Damen und Herren, besteht Klarheit über das Wahlverfahren?

Da ich keinen Widerspruch höre, gehe ich davon aus.

Wir kommen zur Wahl.

Ich bitte die vorläufigen Schriftführerinnen/Schriftführer Antje Grotheer, Susanne Wendland, Dr. Ogu-

(D)

(A) zhan Yazici, Klaus-Rainer Rupp und Rainer Buchholz, an der Ausgabe der Stimmzettel beziehungsweise an der Wahlurne Platz zu nehmen

Ich rufe jetzt in alphabetischer Reihenfolge die Namen der Abgeordneten auf und bitte Sie, dann zur Wahl zu gehen.

(Es folgt der Namensaufruf.)

Meine Damen und Herren, ich frage, ob alle Abgeordneten ihren Stimmzettel abgegeben haben. – Ich stelle fest, dass dies der Fall ist.

Dann ist der Wahlgang beendet.

Wir kommen zur Auszählung der abgegebenen Stimmen.

Ich unterbreche die Sitzung der Bürgerschaft für circa 15 Minuten, um das Wahlergebnis festzustellen.

(Unterbrechung der Sitzung 10.42 Uhr)



Abg. Ravens eröffnet die Sitzung wieder um 10.58 Uhr.

Abg. Ravens (parteilos): Die unterbrochene Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

(B) Ich gebe Ihnen jetzt das Ergebnis der Wahl des Präsidenten bekannt: Ausgegebene Stimmzettel 83, abgegebene Stimmzettel 83, vernichtete Stimmzettel keine.

Auf den Abgeordneten Christian Weber entfielen eine ungültige Stimme, eine Stimmenthaltung, mit Nein stimmten 10 und mit Ja 71 Abgeordnete.

(Beifall)

Ich stelle fest, dass der Abgeordnete Christian Weber die Mehrheit erreicht hat, die nach Paragraph 9 Absatz 1 der Geschäftsordnung erforderlich ist.

Ich frage den Abgeordneten Christian Weber, ob er die Wahl annimmt.

(Abg. Weber [SPD]: Herr Präsident, ich nehme die Wahl an!)

Meine Damen und Herren, ich darf im Namen wohl aller Abgeordneten dieses Hauses Herrn Christian Weber zu seiner Wahl als Präsident der Bremischen Bürgerschaft die herzlichsten Glückwünsche aussprechen.

(Anhaltender Beifall)

Ich bitte den Präsidenten, jetzt hier oben Platz zu nehmen.

(Präsident Weber übernimmt den Vorsitz.)

(C)

Präsident Weber: Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, verehrte Abgeordnete! Es ist ein schöner Tag für mich, und das in zweierlei Hinsicht: Ich bedanke mich sehr herzlich für den erneuten Vertrauensbeweis, den Sie mir mit meiner Wiederwahl entgegengebracht haben. – Herzlichen Dank dafür! Für mich ist es eine Freude, vor allem aber auch eine Verpflichtung, und ich bin mir der Bedeutung des Amtes bewusst, das ich im Einklang mit der Landesverfassung und der Geschäftsordnung und im Interesse der Bürgerinnen und Bürger für diese Stadt und dieses Land und für die Abgeordneten ausüben werde.

Ich verstehe mich als ersten Repräsentanten unserer Städterepublik und als politischen Präsidenten. Dabei ist es natürlich selbstverständlich, auf Überparteilichkeit zu achten und nach bestem Wissen und Gewissen zu handeln. Den Fraktionen, Gruppen und Einzelabgeordneten sage ich eine gute und enge Zusammenarbeit zu, und das Versprechen gilt für die Regierungskoalition genauso wie für die Opposition, ohne deren Schlagkraft die Demokratie wenig wert wäre.

Ich wünsche mir für die weiteren Diskussionen und Debatten stets ein möglichst so volles Haus wie heute und eine vollständig besetzte Senatsbank, wie wir sie gerade mit Freude und Genugtuung erleben dürfen.

(Beifall)

(D)

Ich möchte mich vor allem bei denjenigen bedanken, die mich gewählt haben. Im Juli werde ich 16 Jahre Bürgerschaftspräsident sein; Ausdauer oder Erbhof mag vielleicht mancher argwöhnen, aber dazu kann ich nur sagen, ich habe nach wie vor Lust und Leidenschaft, dieses Amt auszuüben, dazu den Willen, in der parlamentarischen Demokratie Bewährtes zu bewahren und neue Wege mitzugestalten. Schließlich waren meine Vorgänger noch länger im Amt als ich, Dieter Klink und August Hagedorn zum Beispiel.

Warum sage ich das? Herr Hagedorn war derjenige, der nach dem Krieg für die bremischen Abgeordneten erstmals ein eigenes Domizil errichten ließ, und im kommenden Jahr wird das Haus der Bürgerschaft 50 Jahre alt. Das ist für mich nicht nur ein besonderes Jubiläum, sondern eine nötige Rückbesinnung auf die Symbolkraft dieses außergewöhnlichen Objektes der Moderne. Die Kombination aus Architektur und Parlament, aus Form und Zweck ist hier nicht nur gelungen, sondern sie sorgt für kreative Impulse und gibt uns bis heute Handlungsanleitungen. Das Haus der Bürgerschaft liefert uns ein Beispiel für den Mut zum Neuen. Beachten und benutzen Sie das für Ihre Arbeit!

August Hagedorn sprach in seiner Eröffnungsrede 1966 von einer Heimstatt demokratischen Geistes, vom Wert und der Würde des Hauses, die dazu ani-

- (A) mierten, über allem Trennenden das Verbindende zu sehen und um die besten Lösungen der anstehenden Probleme zum Wohle unserer Freien Hansestadt Bremen zu ringen. Ja, das bleibt modern, wie auch der Transparenzgedanke des Architekten Wassili Luckhardt und die Gleichwertigkeit in der Anordnung, wonach Parlamentarier und die interessierte Öffentlichkeit gleichermaßen denselben Eingang benutzen sollten. Das tun sie bis heute.
- Der Charakter dieses Hauses ist einzigartig und von der Liebe und dem unerbittlichen Willen zur Demokratie geprägt. Deshalb steht es – noch so jung und doch schon weise! – seit 23 Jahren unter Denkmalschutz, Bestandsschutz sozusagen; übrigens, liebe Kolleginnen und Kollegen, das Plenargestühl, auf dem Sie sitzen, ebenfalls!
- (Heiterkeit)
- Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist mir ein besonderes Bedürfnis, die 30 neuen beziehungsweise wieder neuen Volksvertreterinnen und -vertreter unter uns willkommen zu heißen.
- (Beifall SPD, CDU)
- Wir haben eine Newcomerquote von beinahe 40 Prozent, das ist durchaus beachtlich.
- (B) Wir Erfahrenen wollen Ihnen, den Neulingen, den Einstieg so leicht wie möglich machen. Sie sollen Spaß und Befriedigung haben an Ihrer Arbeit, gefördert werden in Ihrer Neugierde, Ihrem Ehrgeiz und Engagement, Sie sollten hier aber auch ein faires Miteinander erfahren, nicht zu vergessen die Mitmenschlichkeit.
- Ein alter Hase, wenn ich das so sagen darf, hat unsere heutige Sitzung bisher geleitet, Bernd Ravens aus Bremerhaven. Sehr geehrter geschätzter Herr Kollege, ich danke Ihnen ganz herzlich, dass Sie als Alterspräsident der konstituierenden Sitzung Ihren Stempel aufgedrückt haben mit offenen, nachdenklich stimmenden Worten und der Umsicht eines routinierten Parlamentariers. Bernd Ravens ist bald 40 Jahre in der Bürgerschaft vertreten, das wird ihm so schnell keiner nachmachen. Über einen langen Zeitraum diente er dem Hohen Haus als Vizepräsident, und es war überaus angenehm und konstruktiv, mit Ihnen zusammenzuarbeiten. Das wollte ich Ihnen gern noch einmal sagen.
- (Beifall)
- Meine Damen und Herren, Landesparlamente werden oft ob ihrer vermeintlichen Bedeutungslosigkeit belächelt, dabei verfügen gerade die Landtage dank der Föderalismusreform über eigene, sogar erweiterte Gestaltungsspielräume, mit der sie wichtige Zukunftsfelder wie Bildung, Integration und demografischen Wandel beackern können, sie müssen nur die Initiative ergreifen und den Willen zu Veränderungen zeigen. Wenn sie es denn wollen, sind Landesparlamente der Schrittmacher für den Föderalismus und für die Durchsetzung des Subsidiaritätsprinzips auf europäischer Ebene, und sie sind mehr denn je gefordert, dem Ungeist der zunehmenden Wahlverweigerung entgegenzuwirken.
- (C) Dass inzwischen die Hälfte der bremischen Wählerinnen und Wähler eine Ohne-mich-Haltung einnimmt, ist ein gefährlicher Rückschritt, der uns die Legitimation als Volksvertreter klammheimlich entzieht. Gewiss, wir werden neu nachdenken, was Wahlrecht, Wahlorganisation und Wahlunterlagen angeht, wenn nötig, Korrekturen anbringen, wir müssen die politische Bildung verbessern, das ist auch klar, doch das größte Hindernis haben wir Politikerinnen und Politiker selbst errichtet, nämlich eine latente Entfernung und Entfremdung von den Wählerinnen und Wählern. Das spiegelt sich sicherlich nicht immer in den realen Verhältnissen wider, wird von den Menschen aber als gegeben empfunden.
- 2017 werden wir auch in Bremen 500 Jahre Reformation feiern. Martin Luther sagte damals, als er die Bibel ins Deutsche übersetzte: Man muss dem Volk aufs Maul schauen und zuhören, was das gemeine Volk sagt. Dieser Rat scheint mir heute gerade für unsere Politikerzunft so aktuell zu sein wie nie zuvor. Er bedeutet für mich, auf die Menschen zu achten und auf sie zuzugehen und mit ihnen, nicht über sie zu reden, sie in ihren Alltagszusammenhängen abzuholen, ihre Ängste ernst zu nehmen – beispielsweise die Angst vor dem Fremden – und Projekte und Pläne, Argumente und Gegenargumente auch denjenigen zugänglich und verständlich zu machen, die sich nicht täglich um das politische Geschehen kümmern.
- (D) Wir müssen den Bürgerinnen und Bürgern wieder klar machen, dass über ihre Lebenswelten nicht sowieso in Brüssel, Berlin und in Banken entschieden wird, sondern durch die von ihnen gewählten Mandatsträger, die freilich den Teilhabewillen der Bevölkerung respektieren und begleiten. Das müssen wir ihnen klar machen und entsprechend handeln.
- Ganz wichtig ist es dabei, sich immer wieder zur Wahrheit zu bekennen, auch wenn sie bitter ist. Ich möchte dazu Ingeborg Bachmann zitieren: „Wie der Schriftsteller die anderen zur Wahrheit zu ermutigen versucht durch Darstellung, so ermutigen ihn die anderen, wenn sie ihm . . . zu verstehen geben, dass sie die Wahrheit von ihm fordern . . . und in den Stand kommen wollen, wo ihnen die Augen aufgehen. Die Wahrheit nämlich ist dem Menschen zumutbar.“ Das betrifft Schriftsteller und Politiker gleichermaßen.
- Meine Damen und Herren, Politik bedeutet, Prioritäten zu setzen, und Priorität haben Mittel und Wege, die den Spalt zwischen Arm und Reich in unseren beiden Städten verkleinern und absehbar schließen. Je mehr ärmere und reichere Reviere beziehungsweise Stadtteile auseinanderklaffen – und das jüngste

(A) Wahlergebnis hat das einmal mehr erschreckend dokumentiert –, desto mehr bröckelt das Fundament der freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

Der Kampf gegen Ungleichheit, gegen Ausgrenzung und für Verteilungsgerechtigkeit ist Aufgabe von uns allen, in erster Linie aber die Hauptaufgabe eines verantwortungsbewussten Staates, der Menschenrechte nicht nur aus Pflicht, sondern als Chance und als die Zukunft in Deutschland und Europa hochhält.

Zu den Menschenrechten! Die Bremische Bürgerschaft hat jüngst ein Projekt mit jugendlichen Flüchtlingen unterstützt mit dem Namen „Ich bin die Wahl!“. Unter diesem Motto wurden Wahlkämpfe von Parteien und ganz persönliche Wünsche per Foto und Film umgesetzt, und die Resultate werden am 9. Juli in einer Ausstellung im Festsaal zu sehen sein. Dazu lade ich Sie herzlich ein. Sie können sich dann auch davon überzeugen, was viele eigentlich schon wissen, andere aber nicht so recht wahrhaben wollen: Flüchtlinge sind in der Regel eine Bereicherung für unsere Gesellschaft. Hassan aus Pakistan und Mamadou aus Guinea, beide 17 Jahre alt, betonen: Wir kommen von anderen Kontinenten, haben nicht die gleiche Kultur und sprechen noch nicht einmal die gleiche Sprache, trotzdem haben wir uns von Anfang an verstanden. Das Projekt „Ich bin die Wahl!“ ist beispielgebend.

(B) Meine Damen und Herren, nach den schrecklichen Terroranschlägen in Tunesien und wieder in Frankreich dürfte die Furcht vor Flüchtlingen wohl wachsen, aber die meisten Flüchtlinge, die in unseren Breiten Schutz suchen, fliehen gerade vor jenen Verbänden wie dem IS, die den Terror anrichten und deren Opfer sie sind. Deshalb müssen wir diesen Flüchtlingen helfen und ihnen die Chance geben, ein Leben in Freiheit und ohne Repressionen führen zu können.

(Beifall SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP)

Erinnern wir uns – das Reformationsjubiläum erwähnte ich –: Schon vor 500 Jahren zog es Glaubensflüchtlinge nach Bremen, weil die Gastlichkeit der Stadt und ihre Niederlassungsfreiheit sich herumgesprochen hatten. Auch verfolgten Theologen bot die Stadt Zuflucht, damit sie hier gefahrlos leben und lehren konnten. Auf diese Historie bremischen Niederlassungsrechts dürfen wir stolz sein, und wir sollten uns heute immer wieder daran orientieren.

Noch einmal zurück zur Prioritätenliste! Vorrang für die Bürgerschaft und den Senat in den kommenden vier Jahren – darauf wies der Alterspräsident bereits hin – hat der wohlüberlegte und entschlossene Einsatz für die Existenz unseres Zwei-Städte-Staates, und zwar in der Überzeugung, dass sie dem Wohl der Menschen dient. Nur mit der Perspektive lohnt sich dieser Einsatz, der einer Herkulesaufgabe ähnelt, wirklich. Mit verunsicherten und ängstlichen Men-

schen können wir diese Herausforderung nicht bewältigen, sondern mit Menschen, die sich optimistisch stimmen lassen, die mitmischen und Mitverantwortung tragen, die Konflikte aushalten, aber für plausible Ziele auch Konsense finden und Toleranz üben, die Mehrheiten respektieren und Minderheiten schützen.

Diese Menschen können wir auf unsere Seite ziehen, wenn wir Abgeordneten ihnen mit Offenheit, Aufrichtigkeit, Glaubwürdigkeit, Kompetenz und Ideen begegnen, und das in beiderseitigem Vertrauen, um das man gerade als Politiker ständig neu werben muss.

Tun wir es hier und jetzt! – Ich danke Ihnen!

(Beifall)

Wir kommen nun zu weiteren Wahlen.

b) Wahl der Vizepräsidenten/Vizepräsidentinnen

Es sind zwei Wahlvorschläge eingereicht worden, und zwar von der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen die Abgeordnete Sülmez Dogan und von der Fraktion der CDU der Abgeordnete Frank Imhoff.

Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.

Es ist vereinbart worden, auch diese Wahl gemäß Paragraf 58 Absatz 4 unserer Geschäftsordnung als geheime Wahl in Wahlkabinen durchzuführen. Damit gelten im Grundsatz dieselben Verfahrenshinweise, die auch bereits bei der Wahl des Präsidenten gegeben worden sind. Da hier in einem Wahlgang mehrere Personen gewählt werden, möchte ich Sie darauf hinweisen, dass gemäß Paragraf 58 Absatz 6 Satz 4 der Geschäftsordnung ein Stimmzettel insgesamt ungültig ist, wenn ein Kreuz fehlt. Für eine gültige Stimmabgabe sind daher sämtliche Wahlvorschläge entweder mit Ja, Nein oder Enthaltung zu kennzeichnen.

Meine Damen und Herren, ich gehe davon aus, dass das Wahlverfahren klar ist. Dann können wir die Wahl durchführen.

Ich bitte jetzt die Abgeordneten Antje Grotheer, Susanne Wendland, Klaus-Rainer Rupp und Rainer Buchholz, an der Ausgabestelle für die Stimmzettel beziehungsweise an der Wahlurne Platz zu nehmen.

Ich komme zum Namensaufruf.

(Es folgt der Namensaufruf.)

Meine Damen und Herren, damit ist der Namensaufruf beendet.

Ich frage die Anwesenden, ob alle Abgeordneten ihre Stimme abgegeben haben. – Ich stelle fest, ist der Fall.

Damit ist der Wahlgang geschlossen.

Wir kommen jetzt zur Auszählung der abgegebenen Stimmen.

(C)

(D)

(A) Ich bitte die Schriftführer und Schriftführerinnen, die Auszählung vorzunehmen.
Ich unterbreche die Sitzung, bis das Wahlergebnis vorliegt.

(Unterbrechung der Sitzung 11.32 Uhr)



Präsident Weber eröffnet die Sitzung wieder um 11.47 Uhr.

Präsident Weber: Die unterbrochene Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

Ich gebe Ihnen jetzt das Wahlergebnis der Wahl zweier Vizepräsidenten/Vizepräsidentinnen bekannt.

Auf die Abgeordnete Sülmez Dogan entfielen eine ungültige Stimme, fünf Enthaltungen, zwölf Neinstimmen und 54 Jastimmen.

(Beifall SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP)

Auf den Abgeordneten Frank Imhoff entfielen eine ungültige Stimme, vier Enthaltungen, acht Neinstimmen und 70 Jastimmen.

(B) (Beifall SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP)

Meine Damen und Herren, ich stelle fest, dass die Abgeordnete Sülmez Dogan und der Abgeordnete Frank Imhoff die Mehrheit erreicht haben, die nach Paragraph 9 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung erforderlich ist.

Ich frage die Abgeordnete Sülmez Dogan, ob sie die Wahl annimmt.

(Abg. Frau Dogan [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, ich nehme die Wahl an und bedanke mich für das Vertrauen! – Beifall)

Ich gratuliere Ihnen ganz herzlich zu Ihrer Wahl! Wir werden sicher eine gute Zusammenarbeit haben.

Ich frage den Abgeordneten Frank Imhoff, ob er die Wahl annimmt.

(Abg. Imhoff [CDU]: Herr Präsident, ich nehme die Wahl an! Vielen Dank! – Beifall)

Auch von meiner Seite die allerherzlichsten Glückwünsche! Auf eine gute Zusammenarbeit im Vorstand der Bremischen Bürgerschaft!

Meine Damen und Herren, ich versichere Ihnen, dass ich Ihnen Fairness und vertrauensvolle Kollegialität und Zusammenarbeit entgegenbringen werde.

Ich bitte nun die Vizepräsidentin, die Abgeordnete Frau Sülmez Dogan, an meiner rechten Seite Platz zu nehmen, wenn die Gratulationen beendet sind!

(C)

c) Wahl der Schriftführer/Schriftführerinnen

Für die Wahl der sechs Schriftführerinnen und Schriftführer sind folgende Wahlvorschläge eingereicht worden: Von der SPD-Fraktion wurden vorgeschlagen die Abgeordneten Manuela Mahnke und Sükrü Senkal, von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der Abgeordnete Wilko Zicht, von der CDU-Fraktion die Abgeordnete Sandra Ahrens, von der Fraktion DIE LINKE der Abgeordnete Cindi Tuncel und von der FDP-Fraktion der Abgeordnete Dr. Magnus Buhlert.

Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.

Hier gilt das gleiche Verfahren wie bei den Wahlen des Vizepräsidenten und der Vizepräsidentin. Wir haben uns darüber verständigt, dass wir auch hier Wahl in Wahlkabinen vornehmen. Für eine gültige Stimmabgabe sind sämtliche Wahlvorschläge mit Ja, Nein oder Enthaltung zu kennzeichnen.

Ich bitte jetzt die Abgeordneten Frau Antje Grotheer, Susanne Wendland, Dr. Oguzhan Yazici und Rainer Buchholz, an der Ausgabestelle für die Stimmzettel beziehungsweise an der Wahlurne Platz zu nehmen! Wir kommen nun zum Namensaufruf.

(Es folgt der Namensaufruf.)

(D)

Ich frage, ob nun alle Abgeordneten ihren Stimmzettel abgegeben haben. – das ist der Fall.

Der Wahlgang ist geschlossen.

Ich bitte nun die Schriftführerinnen und Schriftführer, die Auszählung vorzunehmen!

Ich unterbreche die Sitzung, bis das Wahlergebnis vorliegt.

(Unterbrechung der Sitzung 12.22 Uhr)



Präsident Weber eröffnet die Sitzung wieder um 12.40 Uhr.

Präsident Weber: Ich eröffne die unterbrochene Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) wieder.

Ich gebe Ihnen das Wahlergebnis der Wahl von sechs Schriftführerinnen und Schriftführern bekannt:

Ausgegebene Stimmzettel 83, abgegebene Stimmzettel 83, vernichtete Stimmzettel keiner.

Auf die Abgeordnete Manuela Mahnke entfielen 68 Jastimmen, elf Neinstimmen, zwei Enthaltungen, zwei Stimmen waren ungültig.

- (A) Auf den Abgeordneten Sükru Senkal entfielen 69 Ja-
stimmen, elf Neinstimmen, eine Enthaltung, zwei
Stimmen waren ungültig.
Auf den Abgeordneten Wilko Zicht entfielen 67 Ja-
stimmen, zwölf Neinstimmen, zwei Enthaltungen,
zwei Stimmen waren ungültig.
Auf die Abgeordnete Sandra Ahrens entfielen 61 Ja-
stimmen, 13 Neinstimmen, sieben Enthaltungen, zwei
Stimmen waren ungültig.
Auf den Abgeordneten Cindi Tuncel entfielen 62 Ja-
stimmen, 17 Neinstimmen, zwei Enthaltungen, zwei
Stimmen waren ungültig.
Auf den Abgeordneten Dr. Magnus Buhlert entfielen
66 Jastimmen, neun Neinstimmen, sechs Enthaltun-
gen, zwei Stimmen waren ungültig.
Ich stelle fest, dass die Abgeordneten Manuela
Mahnke, Sükru Senkal, Wilko Zicht, Sandra Ahrens,
Cindi Tuncel und Dr. Magnus Buhlert die Mehrheit
der Stimmen erreicht haben, die nach Paragraph 9
Absatz 1 der Geschäftsordnung erforderlich ist.
Ich frage nun die Abgeordnete Manuela Mahnke, ob
sie die Wahl annimmt.
(Abg. Frau Mahnke [SPD]: Herr Präsident, ich neh-
me die Wahl an!)
- Gratulation!
- (B) (Beifall)
- Ich frage den Abgeordneten Sükru Senkal, ob er die
Wahl annimmt.
(Abg. Senkal [SPD]: Herr Präsident, ich nehme die
Wahl an!)
- Gratulation, Herr Kollege!
- (Beifall)
- Ich frage den Abgeordneten Wilko Zicht, ob er die
Wahl annimmt.
(Abg. Zicht [Bündnis 90/Die Grünen]: Herr Präsident,
ich nehme die Wahl an!)
- Gratulation!
- (Beifall)
- Ich frage die Abgeordnete Sandra Ahrens, ob sie die
Wahl annimmt.
(Abg. Frau Ahrens [CDU]: Herr Präsident, ich neh-
me die Wahl an!)
- Ich gratuliere Ihnen, Frau Ahrens!
- (Beifall)
- Ich frage den Abgeordneten Cindi Tuncel, ob er die
Wahl annimmt.
(Abg. Tuncel [DIE LINKE]: Herr Präsident, ich neh-
me die Wahl an!)
- Gratulation!
- (Beifall)
- Meine Damen und Herren, damit sind die sechs
Schriftführerinnen und Schriftführer gewählt. Ich gra-
tulierte Ihnen allen noch einmal ganz herzlich zur Wahl
und wünsche uns allen eine gedeihliche Zusammen-
arbeit im Vorstand!
- Ich bitte nun die Abgeordnete Sandra Ahrens, den
Platz zu meiner Linken einzunehmen!
- (D)
- Wahl von fünf Mitgliedern und fünf stellvertreten-
den Mitgliedern des Wahlprüfungsgerichts**
- Interfraktionell wurde vereinbart, per Akklamation
zu wählen und dabei jeden Wahlvorschlag einzeln
zur Abstimmung zu stellen.
Folgende Vorschläge wurden gemacht:
Von der Fraktion der SPD wurde die Abgeordnete
Frau Grotheer zur Wahl vorgeschlagen.
Wer die Abgeordnete Frau Grotheer wählen möch-
te, den bitte ich um das Handzeichen!
Ich bitte um die Gegenprobe!
Stimmenthaltungen?
Ich stelle fest, die Abgeordnete Frau Grotheer ist
gewählt.
(Einstimmig)
- Ich gratuliere!
- (Beifall)
- Als Stellvertreterin wurde die Abgeordnete Frau Bö-
schen zur Wahl vorgeschlagen.
Wer die Abgeordnete Frau Böschen wählen möch-
te, den bitte ich um das Handzeichen!

- (A) Ich bitte um die Gegenprobe!
Stimmenthaltungen?
Ich stelle fest, die Abgeordnete Frau Böschen ist gewählt.

(Einstimmig)

Gratulation!

(Beifall)

Als ordentliches Mitglied wurde die Abgeordnete Frau Peters-Rehwinkel zur Wahl vorgeschlagen.
Wer die Abgeordnete Frau Peters-Rehwinkel wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!
Ich bitte um die Gegenprobe!
Stimmenthaltungen?
Ich stelle fest, die Abgeordnete Frau Peters-Rehwinkel ist gewählt.

(Einstimmig)

Frau Peters-Rehwinkel, herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)
- (B) Als Stellvertreterin steht die Abgeordnete Frau Mahnke zur Wahl.
Wer der Abgeordneten Frau Mahnke seine Stimme geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!
Ich bitte um die Gegenprobe!
Stimmenthaltungen?
Ich stelle fest, die Abgeordnete Frau Mahnke ist gewählt.

(Einstimmig)

Gratulation!
Von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ist als ordentliches Mitglied der Abgeordnete Zicht vorgeschlagen worden.
Wer den Abgeordneten Zicht wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!
Ich bitte um die Gegenprobe!
Stimmenthaltungen?
Ich stelle fest, der Abgeordnete Zicht ist gewählt.

(Einstimmig)

Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)
- Als Stellvertreter wurde der Abgeordnete Özdal vorgeschlagen. (C)
Wer den Abgeordneten Özdal wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!
Ich bitte um die Gegenprobe!
Stimmenthaltungen?
Ich stelle fest, der Abgeordnete Özdal ist gewählt.

(Einstimmig)

Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Von der Fraktion der CDU ist als ordentliches Mitglied der Abgeordnete Röwekamp vorgeschlagen worden.
Wer Herrn Röwekamp seine Stimme geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Abg. Röwekamp [CDU]: Das schaue ich mir jetzt aber an! – Heiterkeit)

Ich bitte um die Gegenprobe!
Stimmenthaltungen?
Ich stelle fest, der Abgeordnete Röwekamp ist gewählt.

(Einstimmig) (D)

Herr Kollege Röwekamp, sie haben ein einstimmiges Votum erhalten, herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Als Stellvertreterin ist die Abgeordnete Frau Ahrens vorgeschlagen worden.
Wer der Abgeordneten Frau Ahrens seine Stimme geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!
Ich bitte um die Gegenprobe!
Stimmenthaltungen?
Ich stelle fest, die Abgeordnete Frau Ahrens ist ebenfalls gewählt.

(Einstimmig)

Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Von der Fraktion DIE LINKE ist als ordentliches Mitglied der Abgeordnete Janßen vorgeschlagen worden.
Wer dem Abgeordneten Janßen seine Stimme geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

- (A) (Dafür SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP, Abg. Ravens [parteilos]) Ich stelle fest die Bürgerschaft (Landtag) wählt entsprechend. (C)
- Ich bitte um die Gegenprobe! (Einstimmig)
- (Dagegen AfD, Abg. Timke [BIW]) Jetzt müsste ich Ihnen vortragen, dass ich den Abgeordneten Weber darum bitte, zur konstituierenden Sitzung einzuladen. Das werde ich dann auch tun.
- Stimmenthaltungen?
- Ich stelle fest, auch der Abgeordnete Janßen ist gewählt. – Herzlichen Glückwunsch!
- (Beifall SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP)
- Als Stellvertreter ist der Abgeordnete Erlanson vorgeschlagen worden.
- Wer dem Abgeordneten Erlanson seine Stimme geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!
- (Dafür SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP, Abg. Ravens [parteilos], Abg. Timke [BIW])
- Ich bitte um die Gegenprobe!
- Stimmenthaltungen?
- (AfD)
- Ich stelle fest, der Abgeordnete Erlanson ist gewählt. (B)
- (Beifall DIE LINKE)
- Damit ist das Wahlprüfungsgericht vom Parlament gewählt.
- Aktuelle Stunde**
- Von den Fraktionen ist kein Thema für die Aktuelle Stunde beantragt worden.
- Fragestunde**
- Für die Fragestunde sind keine Anfragen eingereicht worden.
- Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses**
- Die Wahlvorschläge liegen Ihnen schriftlich vor.
- Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.
- Wir kommen zur Wahl.
- Wer entsprechend den Wahlvorschlägen wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!
- Ich bitte um die Gegenprobe!
- Stimmenthaltungen?
- Parlamentarische Kontrolle in Deputationen verbessern – Gesetz zur Änderung des Deputationsgesetzes**
Antrag der Fraktion der CDU
vom 8. Juni 2015
(Drucksache 19/1)
1. Lesung
- Wir verbinden hiermit:
- Verlagerung der Deputationsassistenten von den Ressorts zur Bürgerschaftskanzlei**
Antrag der Fraktion der CDU
vom 8. Juni 2015
(Drucksache 19/2)
- Wir kommen zur ersten Lesung der Gesetzesvorlage.
- Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Röwekamp.
- Abg. Röwekamp (CDU):** Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit den beiden vorliegenden Anträgen greift die CDU-Fraktion ein Anliegen erneut auf, das wir bereits in der letzten Legislaturperiode hier im Parlament miteinander diskutiert haben.
- In den letzten Wochen haben wir mit Spannung erlebt, ob und unter welchen Voraussetzungen und mit welchen politischen Inhalten sich in Bremen eine neue Regierung finden wird. Ich prophezeie, dass wir uns in den kommenden beiden Bürgerschaftssitzungen im Wesentlichen auch mit der Frage beschäftigen werden, wie diese Regierung die Antworten auf die drängenden Fragen in Bremen und Bremerhaven finden wird.
- Daneben gibt es aber auch Entscheidungen zu treffen und vorzubereiten, die uns als Parlament unmittelbar betreffen. Wir werden Ausschüsse und Deputationen wählen, und wir werden unseren parlamentarischen Betrieb aufnehmen. Das ist der Anlass für uns als CDU-Fraktion, mit den beiden vorliegenden Anträgen noch einmal anzuregen, erneut über die Rolle unserer parlamentarischen Tätigkeit in den Ausschüssen und Deputationen nachzudenken. In Bremen als dem einzigen Landesparlament in Deutschland haben in den Kontrollorganen für die Regierungstätigkeit, nämlich in den Ausschüssen und Deputationen, nicht ausschließlich Abgeordnete den Vorsitz, was wir in vielen Ausschüssen, wie ich finde, gut und erfolgreich praktizieren, sowohl im Haushalts- und Finanzausschuss als auch im Rechtsausschuss oder
- (D)

(A) im Ausschuss für Bürgerbeteiligung und Beiräte, überall haben Parlamentarier den Vorsitz in den jeweiligen Sitzungen. Sie stellen die Tagesordnung auf, sie laden zu den Sitzungen ein, und sie werden unabhängig von der jeweiligen Verwaltung durch die Bürgerschaftskanzlei in der Vorbereitung, Durchführung und auch in der Durchsetzung der dort gefassten Beschlüsse betreut und unterstützt.

Wir glauben, die Zeit ist reif, auch in den Deputationen dieses bewährte System einzuführen, dass das Parlament den Vorsitz in den fachlich zuständigen Gremien hat.

(Beifall CDU)

Wir wollen damit nicht das Deputationswesen generell infrage stellen, das eine Bremer Eigentümlichkeit ist, über die wir uns auch in der Vergangenheit immer wieder ausgetauscht haben. Außer bei uns gibt es noch in Hamburg ein Deputationswesen, aber in Hamburg sind die Deputationen anders als in Bremen, sie sind nämlich keine Gremien, denen Abgeordnete angehören. Sie haben dort eine beratende Funktion gegenüber dem jeweiligen Senat und der senatorischen Dienststelle, sind aber nicht ein Organ des Parlaments, im Gegenteil, Abgeordneten ist es verwehrt, in den Deputationen in Hamburg Mitglied zu sein. Das heißt, wir haben eigentlich nur die Ausschüsse und Deputationen als Untergliederung unserer eigenen parlamentarischen Funktion für die Wahrnehmung unserer Tätigkeit, und deswegen haben wir als CDU-Fraktion darauf gedrängt, dass wir über diese Frage auch in der ersten Sitzung der Bremischen Bürgerschaft diskutieren, weil wir ja spätestens in der übernächsten Sitzung auch die personellen Besetzungen und die Zusammensetzung der Ausschüsse und Deputationen beraten.

(B)

Meine herzliche Bitte ist also für die CDU-Fraktion, zu Beginn der Legislaturperiode ein deutliches Signal für die Stärkung der parlamentarischen Rechte auch in Bremen zu setzen, indem wir gleichziehen mit den Rechten der Abgeordneten in allen anderen Bundesländern, dergestalt, dass die Kontrollgremien des Parlaments, und zwar so, dass die Kontrollgremien des Parlaments – die Ausschüsse und Deputationen – nicht von einem Mitglied der Exekutive, nicht vom zuständigen Senator, sondern von einem Abgeordneten der Bremischen Bürgerschaft geleitet werden, und ich würde mich freuen, wenn Sie diesem Anliegen näherzutreten könnten.

Ich habe nun gehört, dass der Antrag vor der ersten Lesung an den gerade eingesetzten Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuss überwiesen werden soll, ich finde, das ist zunächst einmal eine gute Botschaft. Inhaltlich haben wir uns mit diesem Vorgang ja schon einmal in der letzten Legislaturperiode befasst. Ich würde mich aber freuen, wenn diese Überweisung jetzt nicht bedeutet, dass wir die Entscheidung darüber auf die lange Bank schieben. Die Argumente sind ei-

gentlich ausgetauscht, es gibt Für und Wider, aber ich finde, die Argumente für die Stärkung der Deputationen durch den Vorsitz der Abgeordneten überwiegen.

(C)

Es würde mich freuen, wenn wir bis zur Sitzung am 22. Juli, wenn es um die Wahlen für die Deputationen geht, diese Frage auch geklärt hätten. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall CDU)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Tschöpe.

Abg. Tschöpe (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Röwekamp, zu Beginn einer Legislaturperiode tut es ja ganz gut, einmal die Gemeinsamkeiten festzustellen, und an dieser Stelle haben wir sie. Auch die SPD-Fraktion erachtet es für förderlich, dass die Deputationen in Zukunft unter dem Vorsitz von Abgeordneten geleitet werden, ich glaube jedoch, unsere Begründungen unterscheiden sich.

Ich meine, dass die Deputationen, die wir hier in Bremen haben, ein viel demokratischeres und viel tiefer gehenderes Recht besitzen als die parlamentarischen Ausschüsse. Die parlamentarischen Ausschüsse kontrollieren immer nur nach hinten, die Deputationen binden die Abgeordneten ganz tief in Verwaltungsentscheidungen ein, und Verwaltungsentscheidungen können nicht getroffen werden, ohne dass Abgeordnete zustimmen. Ich halte sie eigentlich für ein Modell des „Ausschusses plus“, und deshalb glaube ich nicht, dass man die Deputationen an dieser Stelle reparieren und ein Defizit beseitigen müsste. Ich finde jedoch sehr wohl, dass die Entwicklung der Deputationen gerade in den letzten Jahren Anlass dafür gebietet, dass Abgeordnete auch ihre Sitzungen leiten, weil es in der Tat ein Anachronismus ist, dass die Exekutive ein parlamentarisches Kontrollorgan leitet.

(D)

Wenn man das so betrachtet, könnte man fragen, warum man das hier nicht beschließt. Wir haben den Diskurs, ich glaube, vor anderthalb Jahren schon einmal gehabt, ich nehme an, dabei habe ich hier dieselben Äußerungen getätigt. Es ist so, wir arbeiten ganz hart daran, unseren Koalitionspartner an dieser Stelle davon zu überzeugen, dass das eine sinnvolle Angelegenheit ist. Ich habe hierüber sehr gute Diskussionen mit den Kolleginnen und Kollegen geführt und bin der Ansicht, dass es uns gelingen wird, im Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuss zu einer angemessenen Lösung zu kommen. Geben Sie uns die Zeit!

An dieser Stelle sei Ihnen die Sympathie der SPD für den Antrag der CDU versichert. – Ich danke Ihnen dafür, dass Sie mir zugehört haben!

(Beifall SPD, CDU)

(A) **Präsident Weber:** Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Vogt.

Abg. Frau Vogt (DIE LINKE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin froh, dass die CDU beide Anträge noch einmal gestellt hat, sie hatte sie ja schon im Dezember 2011, also in der vergangenen Legislaturperiode, gestellt. Wir hatten sie im Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuss behandelt. DIE LINKE hatte dem damals sowohl im Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuss als auch hier in der Debatte zugestimmt. Ich glaube, das ist noch gar nicht so lange her, wenn ich es richtig in Erinnerung habe, war es im letzten Dezember.

Inhaltlich haben wir damals eigentlich schon alle Argumente ausgetauscht. Ich teile die Auffassung des Kollegen Tschöpe vom Stellenwert der Deputationen, bin allerdings auch aus der Praxis der letzten Jahre heraus sehr unzufrieden damit gewesen, wie der Vorsitz dort geregelt ist. Das hat natürlich Einfluss auf die Tagesordnung und auf die Protokolle. Wir erinnern uns: Die Senatorin wollte ihren Vorsitz dazu nutzen, als wir eine Sondersitzung beantragt hatten, sich als Deputierte mit dazuzuzählen und das Minderheitenrecht auf diesem Wege auszuhebeln. Von daher, denke ich, sollten wir in diesem Hohen Haus endlich zu einer Lösung gelangen, die diesen CDU-Antrag tatsächlich inhaltlich mitträgt.

(B) Ich hoffe, dass wir im Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuss die Widerstände der vergangenen Legislaturperiode, die ja bekannt sind – sie wurden durch den Kollegen Tschöpe eben auch noch einmal benannt –, tatsächlich ausräumen können und auch nicht erst zum Ende der Legislaturperiode, sondern schon zu Beginn der Legislaturperiode zu einer einvernehmlichen Lösung kommen. – Ich danke Ihnen!

(Beifall DIE LINKE, CDU, Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Schaefer.

Abg. Frau Dr. Schaefer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir debattieren heute, ob wir die parlamentarische Kontrolle in den Deputationen verbessern können, indem zukünftig nicht mehr die Senatorinnen und Senatoren, sondern Abgeordnete den Vorsitz in diesen Gremien übernehmen.

Eine der Aufgaben des Parlaments ist in der Tat die Kontrolle der Exekutive. Die Hypothese ist, dass der oder die Vorsitzende natürlich nicht nur die Sitzung leitet, sondern auch die Tagesordnung und die damit verbundenen Vorlagen bestimmt, die vom zuständigen Ressort vorgelegt werden. So sollen mehr Transparenz und auch bessere Eingriffsmöglichkeiten der Abgeordneten gewährleistet werden.

Ich glaube, wir sind uns alle in diesem Haus einig, dass wir eine transparente Politik wollen und unse-

re Aufgabe der Kontrolle der Exekutive ernst nehmen, aber – und das ist uns genauso wichtig – dass wir auch einen verwaltungstechnisch sauberen Umgang mit den politischen Themen und den Verwaltungsvorgängen gewährleisten müssen.

Ich kann Ihnen versichern, Herr Röwekamp, dass wir den Antrag der CDU in unserer Fraktion noch einmal sehr intensiv diskutiert haben. Aus meiner Sicht brauche ich auch nicht zu verhehlen, dass wir Grünen generell lieber Ausschüsse statt Deputationen hätten, da wir der Ansicht sind, dass in den Ausschüssen die Selbstbestimmtheit und Kontrolle durch die Abgeordneten noch stärker ist als in den Deputationen, da der Vorsitz in den Ausschüssen generell bei den Abgeordneten liegt. In unserer Diskussion zeigte sich, dass es, wie immer im Leben, zwei Seiten der Medaille gibt, und das hängt davon ab, welche Erfahrungen die unterschiedlichen Parlamentarier gemacht haben.

Ich möchte das Beispiel der Deputation für Bau, Umwelt und Verkehr herausgreifen, diese Deputation ist wegen der vielen Bebauungspläne naturgemäß sehr verwaltungslastig. Dort muss die Verwaltung aufgrund von Fristen für Bauanträge und so weiter der Deputation die Vorlagen zur Beschlussfassung vorlegen, und wir werden nachher in der Stadtbürgerschaft auch noch etliche Bebauungspläne beschließen, das ist zum größten Teil reines Verwaltungshandeln, es gibt dort auch nur relativ wenig Spielraum für die Legislative, Einfluss zu nehmen.

(D) Auf der anderen Seite haben zumindest in den acht Jahren, in denen ich dieser Deputation angehört habe, die Abgeordneten ihr Recht auf Kontrolle sehr stark ausgeübt, indem sie Hunderte von Berichten zu aktuellen Themen angefordert haben, die auch geliefert worden sind. Ich fand das ausgesprochen positiv, das machte die Deputation sehr lebendig, auch wenn ich manchmal das Gefühl hatte, dass in der Verwaltung über die Erstellung der vielen schriftlichen Berichte bestimmt oft gestöhnt wurde. Dies war ein Beispiel für eine Deputation, wo die Abgeordneten sehr stark einbezogen worden sind, auch wenn die Sitzungsleitung beim Senator lag. Es gibt Ausschüsse, in denen die Sitzungsleitung sehr gut von Abgeordneten organisiert wird, und es gibt Ausschüsse, wo von diesem Recht, die Tagesordnung mitzubestimmen, noch sehr viel mehr Gebrauch gemacht werden könnte als bisher, das ist auch zu erwähnen.

Wir haben ein Interesse daran, dass die Exekutive bei den Debatten in den Deputationen und Ausschüssen auch gerade in Person der Senatoren anwesend sein soll, und wir glauben, dass dies durch den Vorsitz von Senatoren in Deputationen auch gewährleistet ist. Zudem war auch ein Argument, dass es einfacher ist, sich als Abgeordneter zu einem Tagesordnungspunkt zu Wort zu melden, sich als Parlamentarier politisch einzubringen, wenn man selbst nicht den Vorsitz ausüben und eine Sitzung leiten muss.

Auf der anderen Seite wollen wir mehr Transparenz und Einfluss auf die Tagesordnungen nicht im Weg

- (A) stehen. Wir glauben, es lohnt sich, die Frage, wer den Vorsitz in Deputationen übernimmt, noch einmal sehr viel intensiver zu beleuchten, bevor wir darüber endgültig entscheiden. Daher beantragen wir die Unterbrechung der ersten Lesung und die Überweisung der beiden Anträge in den Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuss.
- Herr Röwekamp, ich kann Ihnen versichern, dass es uns es nicht darum geht, Entscheidungen auf die lange Bank zu schieben, sondern wir haben ein ernsthaftes Interesse daran, uns noch einmal intensiv mit dieser Thematik auseinanderzusetzen, weil wir mehr Transparenz wollen, aber weil wir auch den Ansatz verfolgen müssen, den Deputationen dann auch wirklich gerecht zu werden. – Herzlichen Dank!
- (Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)
- Präsident Weber:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Buhlert.
- Abg. Dr. Buhlert (FDP):** Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Deputationen bestehen in Bremen schon länger als die Bremische Bürgerschaft. Die Idee dahinter war, Alle-Mann-Manöver zu haben und die Bürger in die Entscheidungen des Rates einzubinden. Diese Einbindung in Verwaltungsentscheidungen ist das, was einerseits gelobt wurde und auch zu loben ist.
- (B) Die andere Problematik betrifft die Fragen, wie man dann kontrollieren kann und ob man ausreichend kontrollieren kann, und die Frage, ob dies einer ausreichenden Gewaltenteilung entspricht oder nicht. Am Ende ist das eine Frage, die die Verfassung betrifft, und deswegen ist die Angelegenheit im Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuss gut aufgehoben. Dort gilt es zu überlegen, wie wir es denn in Bremen mit der Gewaltenteilung in einer parlamentarischen Demokratie halten. Vielleicht ist dann unsere Überlegung zu sagen, wir müssen es anders machen, damit wir als Abgeordnete mehr Einfluss als bisher auf die Entscheidungen und Abläufe haben. Insofern begrüßen wir als FDP-Fraktion in der Bremischen Bürgerschaft, dass das Thema nochmals ausgiebig beraten und das Für und Wider abgewogen wird, denn es spricht viel dafür.
- Einflussnahme auf die Tagesordnung, Erlebnisse mit Protokollen oder auch die Frage, wie Berichte aus Deputationen über den Senat in die Bürgerschaft eingebracht werden und ob das so passiert, wie man es sich als Abgeordneter wünscht, sind dabei Themen. Alle, die schon einmal in Deputationen waren, hatten überraschende Erlebnisse, was in so einer Verwaltung passiert. Alles für und wider gilt es abzuwägen, deswegen begrüßen wir die Überweisung und werden ihr zustimmen, denn am Ende – und da sind wir uns, glaube ich, alle einig – geht es um die Stärkung der parlamentarischen Demokratie, unsere
- Rechte als Abgeordnete und Deputierte, es geht darum, transparente Verfahren zu haben und den Senat und die Verwaltung kontrollieren zu können. Dort sollten wir ansetzen, denn das ist unsere Aufgabe, und das sollten wir organisieren. – Herzlichen Dank!
- (C)
- (Beifall FDP)
- Präsident Weber:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.
- Interfraktionell ist Einigung erzielt worden, die erste Lesung zu unterbrechen und das Gesetz zur Änderung des Deputationsgesetzes zur Beratung und Berichterstattung an den Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuss zu überweisen.
- Wer der Unterbrechung der ersten Lesung und der Überweisung an den Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuss zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!
- Ich bitte um die Gegenprobe!
- Stimmenthaltungen?
- Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.
- (Einstimmig)
- Ich lasse nun über den Antrag der CDU mit der Drucksachen-Nummer 19/2 abstimmen.
- (D)
- Auch hier ist eine Überweisung an den Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuss vorgesehen.
- Wer der Überweisung des Antrags der CDU mit der Drucksachen-Nummer 19/2 zur Beratung und Berichterstattung an den Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuss zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!
- Ich bitte um die Gegenprobe!
- Stimmenthaltungen?
- Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) überweist entsprechend.
- (Einstimmig)
- Damit sind wir an das Ende der heutigen Tagesordnung gekommen.
- Ich bedanke mich für die konstruktiven Debatten und die Wahlgänge. Ich gratuliere noch einmal allen, die heute gewählt worden sind.
- Ich schließe die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag).
- (Schluss der Sitzung 13.06 Uhr)
- Die mit *) gekennzeichneten Reden wurden vom Redner/von der Rednerin nicht überprüft.

